SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die syrische Muslimbruderschaft bleibt ein wichtiger Akteur: im Umgang mit Syriens Opposition ist Inklusivität angezeigt

Becker, Petra

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Becker, P. (2013). *Die syrische Muslimbruderschaft bleibt ein wichtiger Akteur: im Umgang mit Syriens Opposition ist Inklusivität angezeigt.* (SWP-Aktuell, 52/2013). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-358128

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Die syrische Muslimbruderschaft bleibt ein wichtiger Akteur

Im Umgang mit Syriens Opposition ist Inklusivität angezeigt

Petra Becker

Die syrische Muslimbruderschaft (MB) hat im Sommer 2013 herbe Rückschläge hinnehmen müssen. Zum einen hat Katar, einer ihrer wichtigsten regionalen Unterstützer, Saudi-Arabien die Führungsrolle in der Freundesgruppe des syrischen Volkes überlassen – einem Zusammenschluss von Staaten und Organisationen, die Syriens Opposition zur Seite stehen. Zum anderen haben ihr die starke Kritik an der Regierungsarbeit der MB in Ägypten und die Medienhetze gegen den politischen Islam seit dem Sturz Mohammed Mursis zugesetzt. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse haben die syrischen Muslimbrüder die Ende Juni angekündigte Ausrufung einer Partei – bis dato ist die MB eine Missionsgesellschaft – vorerst aufgeschoben. Dabei ist die Bruderschaft die Kraft, die innerhalb der syrischen Oppositionsbündnisse am besten organisiert ist. Nach wie vor sieht sie sich als führende Kraft im postrevolutionären Syrien. Deutsche und europäische Politik sollte moderate Kräfte jeder politischen Couleur zur Zusammenarbeit ermutigen und sie bei der Umsetzung demokratischer Konzepte unterstützen.

Die syrische Muslimbruderschaft, die seit der Niederschlagung des Aufstands von Hama 1982 vom Exil aus operiert, hat stets auf einen Sturz des Assad-Regimes hingearbeitet. Wie alle anderen Oppositionsgruppen wurde indes auch sie vom Ausbruch der Revolution im März 2011 überrascht. Gestützt auf ihre Exilstrukturen, gelang es ihr allerdings recht schnell, bei der Formierung der syrischen Oppositionsbündnisse eine tragende Rolle zu übernehmen. Sie koordinierte die Kontakte zwischen den verschiedenen Gruppen, brachte sich bei allen Oppositionstreffen im Ausland ein und organisierte mit Unterstützung der Türkei im Oktober 2011 die Gründungskonferenz des Syrian National Council (SNC). Zusätzlich zu den für die MB ausgehandelten Sitzen konnte sie dank ihres taktischen Geschicks weiteren Vertretern und Gruppierungen, die ihr ideologisch nahestehen, Sitze im SNC verschaffen.

Aufgrund wiederholter Umstrukturierungen und infolgedessen wechselnder Zusammensetzung des SNC ist es selbst Insidern unmöglich, das tatsächliche Gewicht der Bruderschaft im Nationalrat zu ermessen. Zudem ist der überwiegende Teil der

Petra Becker ist Wissenschaftlerin im Projekt »Elitenwandel und neue soziale Mobilisierung in der arabischen Welt«.
Das Projekt wird vom Auswärtigen Amt im Rahmen der Transformationspartnerschaften mit der arabischen Welt und der Robert Bosch Stiftung unterstützt. Es kooperiert zudem mit den Promotionsprogrammen der Heinrich-Böll-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung.

Muslimbrüder gar nicht als Mitglied der Bruderschaft im SNC vertreten, sondern repräsentiert offiziell andere Gruppen. So waren im Dezember 2011 beispielsweise 78 der 320 Mitglieder des SNC Muslimbrüder, aber nur 20 von ihnen standen auf der MB-Liste. Die Übrigen firmierten als Unabhängige oder als Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen. Bis heute wird einer der Sprecher der MB, Mulhem Al-Droubi, in der Mitgliederliste des SNC als Unabhängiger geführt. Der Leiter des Medienbüros der MB in Istanbul und Chefredakteur der MB-Zeitung *Al-Ahd* ist in dieser Liste als Mitglied der »Revolutionären Jugend« verzeichnet, und das MB-Mitglied Bassem Hatahet vertritt die »Nationale Koalition für den Schutz von Zivilisten« – um nur einige Beispiele zu nennen.

Der Einfluss der MB erklärt sich neben der Anzahl der Sitze im SNC aus drei weiteren Faktoren: erstens aus der Schwäche und Zersplitterung ihrer Konkurrenten aus dem säkular-liberalen Lager; zweitens aus der Tatsache, dass sie anders als jene in der Lage war, Koalitionen zu schmieden, zum Beispiel mit der kommunistischen Volkspartei, deren Vorstandsmitglied George Sabra derzeit SNC-Präsident ist; drittens aus ihren guten Beziehungen zur Türkei und zu Katar, die eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Opposition spielen.

Die starke Stellung der MB führte jedoch dazu, dass der SNC an Vertrauen verlor, und zwar sowohl bei der Inlandsopposition, die sich nicht genügend eingebunden fühlte, als auch bei der säkularen Auslandsopposition und bei der Freundesgruppe des syrischen Volkes. Daraufhin wurde im November 2012 ein neues Oppositionsbündnis gegründet, die »Nationale Koalition der syrischen revolutionären und oppositionellen Kräfte« (Nationale Koalition, NC). Mit der Bildung dieses Bündnisses versuchten liberale und säkulare Kräfte um den weithin respektierten Altoppositionellen Riad Seif, die Oppositionsarbeit auf eine breitere Basis zu stellen und damit auch mehr Unterstützung insbesondere im westlichen Ausland zu gewinnen.

Das Ziel, mit dieser Neugründung die Machtverhältnisse in der Auslandsopposition zu verändern, wurde indes verfehlt. Zwar trat der SNC der Nationalen Koalition bei, er agierte dort aber als eigener Block. Darüber hinaus konnte die MB mit Unterstützung Katars, das auf Einbindung weiterer Kräfte bestand, die Machtbalance wieder in einem Maße verschieben, dass sie am Ende jener gleichkam, die innerhalb des SNC herrschte.

Auf Betreiben der Freundesgruppe des syrischen Volkes wurde Ende Mai 2013 ein erneuter Anlauf genommen, den Einfluss der Islamisten in der Nationalen Koalition durch die Integration zusätzlicher säkularer Kräfte einzuhegen. Dazu sollte sie um einen liberal-säkularen Block um den linken Intellektuellen Michel Kilo erweitert werden. Dadurch wollte man zugleich auch den Block derjenigen stärken, die nicht auf einen militärischen Sieg, sondern auf eine Verhandlungslösung setzen. Aber auch diese Maßnahme wurde verwässert. Nach tagelangen Verhandlungen wurden neben den vorgesehenen 22 Vertretern aus dem liberal-säkularen Block auf massiven Druck Katars und Saudi-Arabiens weitere Mitglieder aufgenommen: 14 Vertreter aus der Revolutionsbewegung, die wiederum überwiegend aus dem islamistischen Spektrum kommen, sowie 15 Vertreter der Freien Syrischen Armee (FSA).

Die Machtkämpfe in den Oppositionsbündnissen sind sicher nicht allein der MB anzulasten. Dennoch machen viele sie für die Handlungsunfähigkeit der Oppositionsbündnisse verantwortlich. Das gilt für linke, liberale und konkurrierende islamistische Kräfte ebenso wie für im Inland agierende Aktivisten und Rebellen. So wirft etwa die FSA der Muslimbruderschaft in einer Erklärung vom 30. März 2013 vor, die Arbeit der Opposition zu lähmen und mittelbar den Tod von Tausenden Syrern verschuldet zu haben.

Eine neue Wendung führte Katar damit herbei, dass es in der Freundesgruppe des syrischen Volkes Saudi-Arabien die Führungsrolle überließ. Saudi-Arabien steht der

MB grundsätzlich kritisch gegenüber, nicht zuletzt weil in deren ideologischen Vorstellungen eine Monarchie nicht vorgesehen ist. Dass Ahmad Jarba Anfang Juli 2013 zum neuen Vorsitzenden der Nationalen Koalition gewählt worden ist, lässt sich auch auf den Einfluss Saudi-Arabiens zurückführen. Dessen Wunschkandidat, der in der Koalition den Revolutionären Rat der syrischen Stämme vertritt, hat als Führungsfigur des Schammar-Stammes traditionell enge Beziehungen zu Saudi-Arabien. Damit scheint die MB innerhalb der Nationalen Koalition Einfluss eingebüßt zu haben. Ungeachtet dessen ist sie nach wie vor die am besten organisierte Kraft innerhalb der Koalition, die mit Mohammad Farouq Al-Tayfour zudem einen ihrer drei Vizepräsidenten stellt.

Aufgeschobene Parteigründung

Die Entwicklungen in Ägypten veranlassten die MB auch dazu, die Verwirklichung eines seit langem anvisierten Projekts aufzuschieben: Die MB, bis dato eine Missionsgesellschaft, hatte im Sommer 2012 die Gründung einer Partei angekündigt. Die Partei soll Politikern aus dem liberalen Spektrum ebenso offenstehen wie Angehörigen anderer Konfessionen und ein modernes, liberales Programm haben. In der letzten Juniwoche gab ein Sprecher bekannt, die MB werde gemeinsam mit anderen gemäßigten Kräften eine dreitägige Konferenz in Istanbul abhalten, an deren Ende die Ausrufung einer neuen Partei stehen solle. Auf der Tagesordnung stehe die Diskussion und Verabschiedung der Satzung, die Festlegung des Namens und die Wahl eines Vorstands.

Teilnehmer der Konferenz bestätigten, dass man sich auf den Namen geeinigt habe: »Nationale Partei für Gerechtigkeit und Verfassung«. Das arabische Akronym ist *waad*, was übersetzt »Versprechen« bedeutet. Auch die Satzung wurde verabschiedet. Zum vorläufigen Vorsitzenden der Partei, die zu einem Drittel aus MB-Mitgliedern bestehen soll, wurde Muhammad Hikmat Wulaid gewählt, ein Führungsmitglied der MB; mit Rimon Maajoun und Nabil Qassis sitzen auch zwei Christen im Vorstand. Gleichzeitig beschloss man aber, einen geeigneteren Zeitpunkt für die Veröffentlichung der Satzung und die Parteigründung abzuwarten.

Ausgewählte Daten zur Geschichte der syrischen MB

1945/46 Entstehung der syrischen MB; anschließend Phase der politischen Partizipation
1963 Machtergreifung der Baath-Partei; Verbot der MB
1963–1982 Phase der Militarisierung und des bewaffneten Kampfes
1980 Gesetz Nr. 49: Mitgliedschaft wird unter Todesstrafe gestellt
1982 Bewaffneter Aufstand und Massaker von Hama; Exil

Struktur, Basis und Strategien

Parallel zur politischen Arbeit in den Oppositionsbündnissen bemüht sich die MB seit 2011 darum, ihre Basis im Inland zu festigen. Auf nennenswerte Unterstützung durch Schwesterorganisationen in anderen Ländern kann sie dabei nicht zählen, da deren Interessen vornehmlich an nationalen Zielen ausgerichtet sind. Koordinierte die syrische MB ihre Arbeit in den ersten Jahrzehnten des Exils vor allem von Amman und London aus, so hat sie ihre Präsenz 2011 im Wesentlichen in die Türkei verlegt. Dort richtete sie ein Medienbüro ein und operiert vom türkisch-syrischen Grenzgebiet aus. Im April 2013 erklärte der Generalinspekteur (sprich: der Vorsitzende) der MB, Riad Al-Shaqfa, dass die Bruderschaft begonnen habe, Büros in einigen von den Rebellen gehaltenen Gebieten einzurichten. Im August 2013 wurde das erste Büro der MB in Aleppo offiziell eröffnet.

Die gut organisierten Auslandsstrukturen und ein großes Reservoir loyaler Kräfte ermöglichen es der Bruderschaft, ihre Basis in Syrien auszubauen. Nach eigenen Aus-

sagen hat sie einige Tausend Mitglieder in 130 Ländern. Verlässliche Angaben über Mitgliederzahlen gibt es nicht. Viele Exilsyrer, die lose durch Studienzirkel oder andere Organisationen aus dem Umfeld der MB mit ihr verbunden sind, werden von ihr als Gefolgschaft betrachtet, obwohl sie keine Mitglieder im engeren Sinne sind.

Beim Aufbau von Strukturen im Inland verfolgt die MB verschiedene Strategien und nutzt diverse Mittel:

Humanitäre Hilfe: Die MB war von Beginn des Aufstands an in der Lage, wirksam humanitäre Hilfe zu leisten. Dabei profitiert sie davon, dass sie durch familiäre Strukturen besonders in ihren ehemaligen Hochburgen Aleppo, Hama, Homs und Idlib gut vernetzt ist. Unterstützt wird sie von der ebenfalls islamisch geprägten türkischen Hilfsorganisation İHH. Anfang 2013 gründeten Aktivisten aus dem Umfeld der MB in der Türkei eigene humanitäre Organisationen, die unter dem Dachverband »Watan« (arabisch für »Heimatland«) Hilfsgüter nach Syrien bringen.

Einflussnahme auf die Revolutionskomitees im Inland: Nach eigenen Angaben hat die MB schon früh dafür gesorgt, dass sich junge Leute aus ihren Reihen den lokalen Revolutionskomitees in Syrien anschließen. In Idlib und Aleppo soll sie auch selbst Revolutionskomitees gegründet haben. Laut Aktivisten in Syrien ist der Einfluss der MB in den Komitees allerdings begrenzt. Wenn man die Diskussionen in den elektronischen Foren der syrischen Revolutionskomitees verfolgt, wird zudem eines deutlich: Die Sympathie, die die MB durch ihre Unterstützung gewonnen hatte, hat sie aufgrund ihrer Rolle in der Auslandsopposition mittlerweile verspielt.

Mitwirken am Aufbau einer Zivilverwaltung: Die MB beteiligt sich an Aufbau und Arbeit einer alternativen Zivilverwaltung in den sogenannten befreiten Gebieten, zum Beispiel in Aleppo. Im Ergebnis der Wahlen zum zivilen Verwaltungsrat von Aleppo gelangten Anfang März 2013 fünf MB-Mitglieder in den Rat, der insgesamt aus 29 Personen besteht. Außerdem sind MB-Mitglieder in der Organisation Syrian Civil Administration Councils (SYCAC) vertreten. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, lokale Verwaltungskomitees, die sich in Syrien spontan gebildet haben, zu identifizieren, weiterzubilden und zu finanzieren.

Aufbau eigener Medien: Die MB hat auch mit der Herausgabe einer eigenen Zeitung begonnen: *Al-Ahd* (»der Schwur«), die seit Anfang März 2013 in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten verteilt wird. Sie erscheint vorerst vierzehntägig, soll aber demnächst in eine Tageszeitung umgewandelt werden. Die Redaktion ist bemüht, der Zeitung einen modernen Anstrich zu geben. Mit ihrer Themenwahl, in der die Geschichte und Ideologie der MB einen breiten Raum einnimmt, ist sie allerdings eher ein Partei- als ein Massenblatt.

Aufbau eigener militärischer Strukturen: Bereits im September 2011, das heißt einen Monat nachdem das Regime die Protestbewegung durch massive Angriffe auf Homs und Hama in die Militarisierung getrieben hatte, begann die MB die Gründung einer Organisation vorzubereiten, die ihr militärischen Einfluss in Syrien sichern sollte: das General Committee to Protect Civilians (GCPC). Aufgabe dieser Organisation ist es, in Kontakt zu bereits existierenden Milizen zu treten und sie durch finanzielle und logistische Unterstützung an die MB zu binden. Geleitet wird sie von Haitham Al-Rahme, einem aus Quseir bei Homs stammenden moderaten Islamisten, der dem Umfeld der MB zugehört.

Die MB teilfinanziert mehrere Rebellengruppen: die in Aleppo und Umland dominierende Tawheed-Brigade, die am stärksten im Umland von Homs aktiven Farouq-Brigaden und die sogenannten Schild-Brigaden, die an unterschiedlichen Orten operieren. Allerdings wechseln die Loyalitäten der Milizen häufig und orientieren sich in der Regel weniger an Ideologie als an der Finanzstärke der Geldgeber. Nach Auskunft von Aktivisten vor Ort beschränkt sich der Einfluss MB-naher Milizen auf die Provinzen Aleppo, Idlib, Hama, Homs und Damaskus – die auch in den 1970er Jahren zu

den Hochburgen der MB zählten. In den anderen Provinzen spielt die MB hingegen keine Rolle – weder im Nordosten noch im Euphratgebiet, an der Küste oder im Süden des Landes.

Religiöse Netzwerke

In den letzten drei Jahrzehnten hat sich die syrische Gesellschaft mehr und mehr einem religiösen Konservativismus zugewandt. Diesem Trend hat das Regime Vorschub geleistet, indem es quietistische religiöse Eliten kooptierte und großzügig förderte. Diese Eliten, die überwiegend im städtischen Bürgertum verankert sind, haben sich im Rahmen verschiedener Organisationen für religiöse Bildung und Mission, für Erziehung und Wohlfahrt engagiert. Beispiele sind die Missions- und Wohlfahrtsorganisation der Zayd-Bewegung, deren Oberhaupt Sheikh Usama Al-Rifaai sich im Herbst 2011 ins Ausland abgesetzt hat; das Abu-Nour-Institut, ein vom ehemaligen Großmufti Sheikh Ahmad Kuftaro gegründetes islamisches Bildungsinstitut, und die Qubaisiyat, eine streng hierarchisch aufgebaute religiöse Frauenorganisation, die mit Schwerpunkt in der islamischen Bildung und Erziehung tätig ist. Ihr ist es seit dem Beginn des Millenniums gelungen, vor allem Frauen einflussreicher Geschäftsleute und Entscheidungsträger zu rekrutieren.

Diese Gruppen bzw. Institutionen verfügen über Netzwerke, die die MB auch für ihre Arbeit im Inland nutzen könnte. Dabei dürfte sie schon vor der Revolution entsprechende Kontakte geknüpft haben. Nach eigener Aussage hat die MB-Führung nach dem Führungswechsel vom Vater zum Sohn Assad im Jahr 2000 begonnen, neue Untergrundnetzwerke innerhalb Syriens aufzubauen.

Zielvorstellungen und Flügel

Im Unterschied zu den Muslimbrüdern in Ägypten ist die syrische Muslimbruderschaft keine Bewegung, die eine breite Basis in der Bevölkerung hat. Ihr politisches Ziel ist die Schaffung einer vom Islam durchdrungenen, sozial gerechten Gesellschaft. Diese will sie nicht dadurch erreichen, dass sie der Bevölkerung die Scharia aufzwingt, sondern durch Erziehung und Mission. Sie geht davon aus, dass die Verbreitung islamischer Werte die Gesellschaft allmählich dazu bringen wird, die Gesetzgebung an die Scharia anzupassen. Eine solche Gesellschaft soll wiederum die Keimzelle eines umfassenden Gemeinwesens aller islamisch geprägten Gesellschaften sein.

Pragmatismus vs. Dogmatismus

Nach ihrer Gründung Mitte der 1940er Jahre durchlief die MB eine Phase der politischen Partizipation, in der sie mit nationalen und linken Gruppierungen koalierte und sich auch mit deren Gedankengut auseinandersetzte. Die Baath-Partei, die 1963 die Macht übernahm, verbot die MB und verfolgte anschließend eine radikale Säkularisierungspolitik. Im Zuge dessen spaltete sich die MB in drei Flügel:

1. den politisch gemäßigten Damaskus-Flügel, angeführt von dem seit 1964 exilierten Parteivorsitzenden Issam Al-Attar, der den bewaffneten Kampf gegen das Regime ablehnte;
2. den konservativen Hama-Flügel unter Marwan Hadid (1934–1976), der den bewaffneten Kampf als einziges Mittel propagierte, das einen Regimewechsel herbeiführen könnte;
3. den ebenfalls konservativen Aleppo-Flügel; auch ihr Anführer Sheikh Abdelfattah Abu Ghudda (1917–1997) favorisierte den bewaffneten Kampf. Im Unterschied zu Marwan Hadid vertrat er aber die Auffassung, dass ein solcher Kampf einer besseren Vorbereitung bedürfe und darum erst zu einem späteren Zeitpunkt zu führen sei.

Während der Damaskus-Flügel mittlerweile keine Rolle mehr spielt, existieren die beiden anderen Flügel bis heute. Der Aleppo-Flügel gilt als liberal und pragmatisch. Unter Führung von Ali Sadreddin

Al-Bayanouni (geb. 1937 in Aleppo, MB-Generalinspekteur von 1996 bis 2010) unternahm die MB mehrere Versuche, sich mit dem Regime zu verständigen. Dies blieb aber ohne Erfolg. Immerhin wurde in den 1990er Jahren sowie nach der Machtübernahme von Bashar Al-Assad einer Reihe von Anhängern der MB die Rückkehr nach Syrien erlaubt, einige wurden auch aus der Haft entlassen. Zu keinem Zeitpunkt konnte sich das Regime aber zu weitergehenden Zugeständnissen durchringen, etwa zur Wiederzulassung der MB oder zur Aufhebung des Dekrets Nr. 49 aus dem Jahr 1980, das die Mitgliedschaft unter Todesstrafe stellt.

Der Hama-Flügel gilt als konservativer und steht dem Regime unversöhnlich gegenüber. Als der 1944 in Hama geborene Riad Al-Shaqfa 2010 als Sieger aus den internen Wahlen zum Generalinspekteur hervorging, wurde das in der Presse als Beleg für den Niedergang des Aleppo-Flügels interpretiert. Hintergrund war die Kritik an der MB-Führung, die während des Gaza-Krieges 2008/2009 die Aussetzung der Oppositionstätigkeit gegen das Regime angekündigt hatte, um die »Widerstandsfront« gegen Israel zu stärken.

Über den pragmatischen Kurs Al-Bayanounis war es schon 2005 zu einem Konflikt gekommen. Damals hatte die MB gemeinsam mit dem abtrünnig gewordenen Vizepräsidenten Abdelhalim Khaddam die »Nationale Errettungsfront« gegründet – ein Schritt, der sowohl bei den übrigen Oppositionsgruppen als auch bei der eigenen Anhängerschaft auf Unverständnis gestoßen war. Denn Khaddam war nicht nur jahrzehntelang eine der zentralen Figuren des Assad-Regimes gewesen, gegen ihn wurden auch massive Korruptionsvorwürfe erhoben.

Unter Führung Al-Bayanounis veröffentlichte die MB im Mai 2001 auch den sogenannten Nationalen Ehrenpakt zur politischen Arbeit. Darin distanzierte sie sich von Gewaltanwendung und plädierte dafür, gemeinsam auf ein pluralistisches Syrien hinzuarbeiten. 2004 legte sie mit dem »Politischen Projekt für das Syrien der Zukunft« ein umfassendes Programm vor. Dieses entwirft ein Bild von Syrien als eines modernen, pluralistischen Staates, als parlamentarische, auf dem Prinzip der Gleichheit aller Bürger beruhende Demokratie und als Rechtsstaat, in dem Gewaltenteilung herrscht. Das Programm spricht von einem erneuerten Islam, der mit den Prinzipien moderner Staatsführung vereinbar sei – inklusive Frauenrechte, Minderheitenrechte, dem Recht auf freie Meinungsäußerung und auf freie Religionsausübung etc.

Liberalismus vs. Konservativismus

Bei genauerer Analyse des Papiers lässt sich allerdings feststellen, dass wesentliche Punkte überaus vage formuliert sind. Insofern besteht die Gefahr, dass Freiheiten durch die Hintertür religiöser Normen und Werte wieder eingeschränkt werden. Manche Kritiker sehen in der Wahl der Formulierungen eine bewusste Strategie. Wahrscheinlicher ist indes, dass deren Vagheit dem breiten Spektrum an Meinungen innerhalb der MB geschuldet ist. Die MB hatte das Projekt drei Jahre lang intensiv diskutiert, bevor sich ihre Mitglieder auf die endgültige Fassung einigen konnten.

Bei aller Vagheit werden dennoch Einschränkungen von Freiheiten deutlich, die insbesondere Frauen und Medien betreffen. So erkennt die MB in der Endfassung des Textes zwar die Gleichheit von Mann und Frau als Grundprinzip an. Auch bekennt sie sich zum Recht der Frau auf politische Betätigung und die Ausübung politischer Ämter. Dieses Bekenntnis wird jedoch durch eine traditionelle Rollenzuschreibung relativiert, nach der sich Frauen und Männer ergänzten und die Hauptaufgabe der Frau in der Familie liege – Anschauungen, die allerdings auch wertkonservative europäische oder amerikanische Parteien vertreten. Eine Einschränkung ist auch mit der Aussage verbunden, dass die Frau dem Mann »bis auf wenige Vorgaben des Gesetzgebers [auf der Grundlage der Scharia, P.B.]« gleichgestellt sei. Beim Erbrecht etwa wird

auf die Scharia verwiesen, die Frauen deutlich benachteiligt. Diese Position ist nicht progressiv, sie stellt aber auch keinen Rückschritt dar, da sie der gültigen Rechtslage im heutigen Syrien entspricht.

Zu den Mediengesetzen heißt es im Papier, dass sie »mit den Grundprinzipien der *Umma* (arabisch für »die islamische Gemeinschaft«) und den hehren menschlichen Werten« übereinstimmen sollten und für die Förderung »zielführender Kunst« verantwortlich seien. Die Zensur solle sich auf den Schutz der »Prinzipien der Umma« beschränken. Nicht festgelegt wird allerdings, wer diese Prinzipien und Werte formuliert und wer darüber entscheidet, ob sie eingehalten werden oder nicht.

Generationskonflikte

Da die Programmdiskussionen hinter verschlossenen Türen geführt werden, ist unklar, welche ideologischen Bruchlinien es gibt und wo sie verlaufen: entlang der alten Flügel, wie dies gelegentlich in den Medien behauptet wird, oder zwischen den unterschiedlichen Generationen? Als Ausdruck eines Generationenkonflikts kann etwa die Gründung der Partei der »Nationalen Aktionsfront« gesehen werden. Sie wurde 2010 im Exil von MB-Mitgliedern ins Leben gerufen, die Al-Bayanouni nahestehen, wie zum Beispiel Ahmad Ramadan und der langjährige Büroleiter Al-Bayanounis, Obeida Nahhas. Die vorwiegend jungen Mitglieder der Gruppe vertreten einen moderaten und liberalen Islam. Im SNC ist sie etwa gleich stark repräsentiert wie die MB. Da viele ihrer Mitglieder auch der Muslimbruderschaft angehören, ist es schwierig, beide Gruppen trennscharf voneinander abzugrenzen.

Es wird kolportiert, dass die MB-Jugend nach Ausbruch der Revolution im März 2011 frustriert gewesen sei, als die Führung die Aufnahme einer größeren Zahl junger Leute im Inland ausbremste. Die Führung hatte Sorge, dass die Organisation im Falle einer Öffnung anfällig für Unterwanderung gewesen wäre. Ein weiterer Grund für ihre Zurückhaltung mag gewesen sein, dass ein nennenswerter Zuwachs neuer Mitglieder die Machtverhältnisse innerhalb der MB hätte ins Wanken bringen können.

Diese »Untergrundmentalität« wird von der MB-Jugend zu Recht kritisiert, das räumen selbst Führungsmitglieder der MB ein. Wie soll die Bruderschaft Vertrauen gewinnen, solange sie nicht bereit ist, ihre Satzung offenzulegen, oder auf Nachfrage erklärt, der Generalinspekteur habe fünf Stellvertreter, von denen aber drei geheim seien?

Die MB hat den Reformbedarf offenbar erkannt. Das kann man sowohl an der im April 2013 erfolgten Wahl von Frauen in Konsultativrat und Exekutivkomitee ablesen als auch daran, dass die MB im Dezember 2012 eine Jugendkonferenz ausrichtete. Auf dieser Konferenz erarbeiteten 350 junge Mitglieder drei Tage lang verschiedene Vorschläge, die dem Konsultativrat später zur Entscheidung vorgelegt wurden. Dass in den Arbeitsgruppen junge Frauen und Männer gemeinsam diskutierten, empfanden junge MB-Mitglieder als bahnbrechend.

Zusammenfassung und Ausblick

Die syrische MB hat seit Beginn der Revolution viele Anstrengungen unternommen, sich wieder eine Basis in Syrien zu schaffen. Den Kommentaren in den Internetforen der syrischen Revolutionsbewegung nach zu urteilen hat sie allerdings im Zuge der Verwerfungen in der Auslandsopposition wieder an Boden verloren. Ebenso wie den anderen Oppositionsgruppen wird ihr vorgeworfen, Machtambitionen über die Interessen der syrischen Bevölkerung zu stellen. Auch die schlechte Performance der Muslimbrüder in Ägypten macht ihr zu schaffen. Und seit dem Sturz von Präsident Mursi in Ägypten, der der MB entstammt, ist der politische Islam in der gesamten arabischen Welt einer aggressiven Medienkampagne ausgesetzt. Gleichwohl war die syrische MB bisher als einzige Kraft in der Lage, konsequent Strategien zu verfolgen und Mehrheiten zu finden. Sie hat über

lange Zeit innerparteilich demokratische Mechanismen eingeübt und ist bemüht, sich zu modernisieren und zu verjüngen. Insofern dürfte sie im zukünftigen Syrien eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen. Dies gilt umso mehr, als es allen anderen oppositionellen Kräfte bisher nicht gelungen ist, sich innerhalb ihrer jeweiligen Gruppe auf gemeinsame Ziele und Strategien zu einigen.

Die MB ist in den letzten dreißig Jahren sehr viel besser vor den Zersetzungstaktiken der syrischen Geheimdienste geschützt gewesen als die übrigen Oppositionsgruppen, weil sie selektiv rekrutierte – Mitglieder brauchen eine Empfehlung und durchlaufen eine Probezeit – und im Verborgenen gearbeitet hat. Dieser Wettbewerbsvorteil gerät allerdings da zum Nachteil, wo die MB durch ein gewisses Maß an Transparenz das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen muss.

In welche Richtung die MB sich ideologisch entwickeln wird, dürfte erst dann zu erkennen sein, wenn die bislang vage gehaltenen Konzepte ausformuliert werden, konkret wenn es an die Parlaments- oder Regierungsarbeit geht. Auch wird sich erst dann zeigen, ob die Bruderschaft die große Spannbreite an Positionen auszuhalten vermag und ob aus ihr nicht gleich mehrere Parteien hervorgehen. Nicht zuletzt hängen ideologische Entwicklung und Einfluss auch davon ab, wie sich andere islamistische Strömungen positionieren werden, etwa konservative und moderate Salafisten.

Nicht zu erwarten ist, dass die MB oder eine andere islamistische Strömung bei freien Wahlen eine absolute Mehrheit erzielt – vorausgesetzt Syrien bleibt in seinen bisherigen Grenzen bestehen. Denn islamistisch dürften weder Angehörige religiöser Minderheiten wählen, die etwa 30 Prozent der Bevölkerung Syriens ausmachen, noch die politisch eher national oder links orientierten Kurden, die rund 12 Prozent der Bevölkerung stellen. Schließlich ist auch ein erheblicher Teil der arabischen Sunniten säkular orientiert.

Handlungsempfehlungen

Deutschland und seine Partner unterstützen die syrische Opposition bereits mit bilateralen Maßnahmen und im Rahmen der Freundesgruppe des syrischen Volkes. Für die Zukunft ginge es darum, drei Maximen zu berücksichtigen. Deutschland und seine Partner sollten erstens die Herausbildung neuer politischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen in Syrien fördernd begleiten und in diesem Zusammenhang den Dialog mit Vertretern aller politisch-gesellschaftlichen Strömungen suchen. So könnten sie sich etwa mit diesen Akteuren über Konzepte moderner Staatsführung austauschen. Dabei sollte vor allem jungen Akteuren nahegebracht werden, wie in Deutschland und Europa demokratische Prozesse ablaufen und wie sich politische Rechte und Freiheiten gewährleisten lassen. Dabei können sowohl die politischen Stiftungen, der Bundestag, aber auch Parteien und Verbände eine wichtige Rolle übernehmen.

Zum zweiten werden Deutschland und Europa ihre Glaubwürdigkeit am ehesten dadurch untermauern, dass sie demokratisch gewählte Gremien respektieren und darauf verzichten, die Opposition nach eigenen Vorstellungen formen zu wollen. Dabei sollten alle dialogbereiten Akteure in den Oppositionsgremien und in einer künftigen Übergangsregierung als Gesprächspartner akzeptiert werden.

Bei der Auswahl der Gesprächs- und Kooperationspartner sollte man sich zum dritten nicht auf bereits politisch organisierte Akteure beschränken. Vielmehr gilt es auch diejenigen einzubinden, die sich heute in den Revolutionskomitees und selbstinitiierten Zivilverwaltungen im Inland dafür engagieren, dass öffentliches Leben und Multikonfessionalität aufrechterhalten werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364